

Ludwigsburg
Rede von Herrn Philippe Richert
Präsident der Region Grand Est
Ehemaliger Minister
Montag 21. November 2016

Sehr geehrter Herr Präsident des Deutsch-Französischen
Instituts (Erwin Teufel),
Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Liebe Freunde,

Lassen Sie mich sagen, welch eine Freude und Ehre es für
mich ist, heute Abend vor Ihnen sprechen zu dürfen. Es sei mir
gestattet, meinen Dank an das Deutsch-Französische Institut
auszusprechen und ganz besonders an seinen Präsidenten,
Erwin Teufel, der mich eingeladen hat. Herausragende
Persönlichkeiten haben sich in der Vergangenheit hier in
Ludwigsburg geäußert, angefangen mit General de Gaulle, der
im Jahre 1962 hier eine historische Rede hielt.

Fünfzehn Jahre nach dem Krieg war er hier erschienen, um die

jungen Deutschen daran zu erinnern, dass die Deutschen ein großes Volk sind.

Es kommt uns heute alles völlig selbstverständlich vor. Damals gehörte Mut dazu, denn es war eben keine Selbstverständlichkeit. Weder in Frankreich, wo die durch den Krieg verursachten Wunden noch sehr schmerzten, noch in Deutschland, wo einige Monate zuvor die Berliner Mauer errichtet worden war...

Man befand sich an einem Zeitpunkt der Geschichte, wo es wirklich der Gabe bedurfte in die Zukunft zu blicken, um sich die Behauptung zu erlauben, nicht nur, dass Deutschland ein großes Volk war, sondern auch, dass Deutschland, trotz aller Widrigkeiten, ein einziges großes Volk war...

An jenem Tag hatte sich de Gaulle auch nach Ludwigsburg begeben, um zu behaupten, dass die deutsch-französische Freundschaft das sicherste Fundament für die angestrebte europäische Vereinigung sei. Auch in dieser Hinsicht klingen seine Worte —gerade heute— noch mit Nachdruck in unserem Gedächtnis.

Von da an dreht sich die gesamte Zukunft Europas um die Fähigkeit von Frankreich und Deutschland ihre Gesichtspunkte auszutauschen, eine gemeinsame Strategie festzulegen und im Einvernehmen die Initiative wieder zu ergreifen.

Da ich soeben General de Gaulle erwähnte und da wir unter uns sind, möchte ich einen Satz von ihm zitieren, — den er natürlich nie ausgesprochen hat: *„Europa, das sind Frankreich und Deutschland. Alles andere ist Gemüse!“*

Das würde ich nicht sagen. Zumindest nicht so. Denn der europäische Kontinent besteht aus schönen und großen Ländern. Ich sage lediglich, dass Frankreich und Deutschland eine treibende Kraft im Aufbau Europas ausüben und dass sich nie etwas ereignet, ohne dass unsere beiden Länder es zuvor einvernehmlich beschlossen haben.

Das gilt für alle europäischen Erfolge: von Euratom über alle strukturpolitischen Instrumente der EU bis zur Europäischen Weltraumorganisation und zur Lösung gravierender Krisen, wie es vor kurzem der Fall war für die Euro-Krise und die

Griechenland-Krise...

Es obliegt Frankreich und Deutschland Europa voranzubringen.
Keiner wird es an ihrer Stelle tun.

Wir haben gerade den Brexit erlebt. Dies gehört nicht zu den bloßen Wechselfällen der Politik, sondern es ist eine wahre Katastrophe.

Dabei spreche ich hier gar nicht von den Folgen des Brexits für die Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt. Diese werden wahrscheinlich über einen noch zur Verhandlung stehenden Vertrag ausgeglichen. Das lassen zumindest Theresa May und Jean-Claude Juncker, die sich nicht für ein brutales Verlassen, sondern ein allmähliches Zurückziehen des Vereinten Königreichs entschieden haben, durchblicken.

Im Übrigen läßt sich der IWF¹ nicht beirren und hat bereits zwei Fallkonstellationen erarbeitet. Im besten Fall sollte der Brexit in Großbritannien eine vorübergehende Abschwächung des

1 . Internationaler Währungsfonds.

Wirtschaftswachstums auslösen. Im schlimmsten Fall soll ein Jahr lang eine Rezession herrschen, aber mit einem rasch darauf folgenden Aufschwung. Dieses vom IWF vorausgesagte Rezessionsjahr soll allerdings mit einer leichten Inflation einhergehen, was die steuerlichen Einnahmen des Vereinten Königreichs steigern wird...

Es liegt auf der Hand, dass die Briten sich mit noch weiteren Schwierigkeiten auseinandersetzen werden müssen, wie z.B. die Aufrechterhaltung der City als führenden Finanzplatz oder die Fähigkeit außereuropäische Industrie-Investitionen an Land zu ziehen.

Es bleibt aber dabei, dass wir gerade erlebt haben, wie ein Land mit sechzig Millionen Einwohnern bzw. [*beziehungsweise*] wie eine der Weltwirtschaftsmächte ihren Auszug aus der Europäischen Union vollziehen konnte, sogar ohne dass sich die zehn Plagen Ägyptens ausbreiten mussten...

Ich will es Ihnen ohne Umschweife sagen: die Auswirkungen des Brexits sind für Großbritannien minimal, ja sogar

geringfügig im Vergleich mit den Folgen, die sich aus dieser Entscheidung für das restliche Europa ergeben.

Der Brexit verkündet der Öffentlichkeit in unseren EU-Staaten eine verheerende Botschaft. Für die Euroskeptiker aller Seiten stellt er eine Art Ermutigung dar. In ihrem Kampf stärkt er ihnen den Rücken. Vor allem aber setzt er den Gedanken durch, dass ein geeintes Europa keine geschichtliche Notwendigkeit sei, sondern nur eine politische Option unter anderen...

Dabei ist die Einigung Europas noch nie so erforderlich gewesen wie heute. Noch nie seit dem Zerfall des Warschauer Pakts haben wir so dringend ein starkes Europa gebraucht.

Aus verschiedenen Gründen.

Der erste Grund steht in Zusammenhang mit den jüngsten Geschehnissen, sprich mit der Wahl von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Über seine Denk- und Redensweisen möchte ich mich nicht äußern. Sie

sind, gelinde gesagt, außergewöhnlich seltsam.

Aber es ist nun Tatsache, dass er gewählt worden ist und dass Europa innerhalb von zwei Monaten einen Verbündeten vor sich haben wird, mit dem es dann gilt Gespräche zu führen; einen Partner, mit dem verhandelt werden muß.

Gespräche müssen in den geregelten Rahmenbedingungen des Nordatlantiktakts geführt werden. Donald Trump hat schon seine Absicht geäußert, dass er die NATO zu einem Instrument der Terrorbekämpfung machen will. Warum nicht? Aber unter welcher Bedingung und unter welcher Führung? Hier muss Europa eine gemeinsame Stellung beziehen.

Wir werden des Weiteren über die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen verhandeln müssen. Präsident Trump hat angekündigt, dass er über alles die Interessen der Amerikaner verteidigen wird... Nun, dann muss Europa wohl über alles die Interessen der Europäer verteidigen!

Überhaupt, ob es um strategische oder um wirtschaftliche Interessen geht, Europa wird ein hohes Maß an Einigkeit aufweisen müssen, um seinen Standpunkt vor dem amerikanischen Riesen durchsetzen zu können...

Aber noch andere Herausforderungen warten auf uns. Die Herausforderung im Mittelmeergebiet ist nicht die Geringste. Das geht es um Fragen wie der Krieg in Syrien, aber auch die zahlreichen Konflikte im Sudan, in Darfur oder im Irak, die präzedenzlose Flüchtlingswellen zur Folge haben...

Europa muss seine Mittelmeerstrategie neu definieren. Diese Strategie liegt heute lahm. Der Lissabon-Prozess ist fast zum Stillstand gekommen. Die Union für den Mittelmeerraum siecht herzkrank mit schwachem Puls dahin. Und was unsere Beziehungen mit der Türkei betrifft, so konnten wir keine wirklich gemeinsame Position erlangen.

Es ist höchste Zeit, dass Europa sich wieder für seine lebenswichtigen Themen interessiert. Es ist an der Zeit, dass Europa wieder Politik betreibt!

Es liegt aber nicht in den Genen Europas. Damit mache ich jetzt eine Aussage, die Sie womöglich – so hoffe ich – schockieren wird, denn sie hat mich auch schockiert: Europa wurde eben nicht ins Leben gerufen, um sich einer demokratischen Herausforderung zu stellen. Europa wurde nicht geschaffen, um Politik zu betreiben: Ganz im Gegenteil. Europa wurde eingerichtet, um keine mehr zu betreiben. Oder zumindest so

wenig wie möglich.

Gehen wir in Gedanken in die fünfziger Jahre zurück. Sie sahen gleichzeitig die Entstehung der Montan-Union und die Unterzeichnung der Verträge von Rom. Versetzen wir uns in den Geist eines Jean Monnet. Er hegte ein sehr gemäßigtes Vertrauen in die parlamentarische Demokratie.

Aber sicherlich nicht aus Parlamentsfeindlichkeit! Sondern rein aus Erfahrung.

Wie Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer, Paul-Henri Spaak oder Robert Schuman, hatte er gesehen, wie die Italiener die Politik des Abwartens so vorzüglich betrieben hatten, dass Italien sich letztendlich in die Arme Mussolinis gestürzt hatte. Er hatte gesehen, wie die Weimarer Republik sich in parlamentarische Zwistigkeiten verzettelt hatte, ungeachtet der drohenden Gefahr in der sie bald untergehen sollte. Er hatte gesehen, wie in Frankreich die dritte Republik sich mit Geschäften korrumpierte und einen Nährboden für abscheuliche Formen des Populismus entstehen ließ. Er hatte miterlebt, wie unsere parlamentarischen Demokratien

sich vor jeglichen Herausforderungen scheuten. Jean Monnet hatte schließlich daran gezweifelt, ob Politik jemals auch nur eine einzige Abhilfe gegen die Plagen, die sich über Europa niederschlugen, schaffen könne. Er war letztendlich zu der Überzeugung gelangt, dass man Frieden und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent nur gewährleisten könne, indem man die Macht über wesentliche Fragen zu entscheiden an Fachleute, Sachverständige und Techniker übertrage.

Was die Gegner Europas als „Technokratie“ bezeichnen – oder anders gesagt „Brüssel“ – gehört von Anfang an zum europäischen Vorhaben und liegt sozusagen in seinem Wesen selbst. Präsident Erwin Teufel weiß, was ich meine. Er war Ministerpräsident eines großen deutschen Landes. Er weiß auch, dass die europäischen Strukturfonds (EFRE², ELER³, ESF⁴) zuweilen so unergründlich sind wie die Wege des Herrn. Wobei der Herr sich noch gelegentlich geruht in Menschenform hinabzusteigen...

Was Europa dringend machen muss ist Politik. Politik machen heißt zwangsläufig die Notfälle anpacken. Das kann man technisch angehen, indem man sich einfach anschaut, wo Not

2 . Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

3 . Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

4 . Europäischer Sozialfonds (ESF).

am Mann ist und dann die richtigen Mittel und Maßnahmen einsetzt. Die Kommunalpolitiker, die heute Abend hier anwesend sind, wissen Bescheid. Wenn man Träger eines öffentlichen Amtes ist, muss man erst die dringlichsten Angelegenheiten regeln.

Sie wissen aber auch, dass das allein nicht die ganze Politik ausmacht. Sie sind auch Träger eines Vorhabens, einer Zukunftsvision. Sie müssen dabei in der Lage sein, sich in die Zukunft zu projizieren, – zehn, zwanzig oder dreißig Jahre im Voraus.

Das braucht unser Europa! Die Euroskeptiker sind im Vormarsch. Sie gewinnen immer mehr Anhänger. Der Brexit bestätigt sie in ihren Überzeugungen. Man kann ihnen noch so oft sagen: „Aber nein, Sie irren sich: Europa ist doch gar nicht bürokratisch... und schon gar nicht von der Wirklichkeit unserer Regionen und Staaten abgekoppelt...“ Nur, wir glauben selbst nicht an solche Argumente. Oder, kaum dass wir sie hervorgebracht haben, überkommen uns schon Zweifel.

Wenn wir überzeugte Europäer sind, wenn wir meinen, dass die europäische Einigung nicht etwa eine politische Option ist, sondern eine geschichtliche Notwendigkeit, müssen wir den

Tatsachen ins Auge schauen.

Unvergessen bleibt die große Lektion von Jean-Jacques Rousseau, jene, über die Immanuel Kant in den „Fragmenten“ der Gesammelten Werke lange meditiert hatte und die lautet: die Welt so zu betrachten, wie sie wirklich ist und nicht so, wie man sich wünschte, dass sie wäre. Das ist ein Imperativ, dem sich all diejenigen, welche die Welt verändern wollen, nicht entziehen können.

Die Wirklichkeit ist, dass das europäische Ideal mit sich selbst kämpft. Dann kommt der Brexit hinzu. Dann gibt es in Frankreich das anti-europäische Gedankengut der Anhänger von Frau Le Pen oder von Herrn Mélenchon (dem französischen Pendant eines Oskar Lafontaine).

Dann gibt es hier die Partei Alternative für Deutschland, die immer mehr Stimmen gewinnt.

Man kann sich weiterhin etwas vormachen. Man kann sich einreden, dass die Ereignisse nicht stattgefunden hätten und dass wir in einem Europa leben, das eine ziemlich vollendete Form des Schlaraffenlandes darstellt... Außer, dass die Tatsachen gegen uns sprechen und wir uns danach richten müssen.

Nicht zuletzt, weil Politik klares Bewußtsein erfordert.

Und auch, weil das europäische Ideal grundsätzlich anspruchsvoll ist. Wir alle hier, die wir überzeugte Europäer sind, lieber Erwin Teufel, wir müssen uns dieser anspruchsvollen Aufgabe wieder stellen.

Unsere erste Pflicht lautet also: den Dingen ins Auge blicken. Das heißt, diejenigen, die in Frankreich für den Front National und in Deutschland für die AFD wählen, nicht verurteilen. Gestern noch gaben sie uns bzw. den Regierungsparteien ihre Stimmen. Gestern noch schenkten sie uns ihr Vertrauen. Wir haben ihr Vertrauen verloren. Sie haben sich von uns abgewandt.

Gewiß kann man es so machen, wie Bertold Brecht es auf ironische Weise in „Die Lösung“ vorschlug: *„Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ ...*

Man kann sich auch sagen: wir haben uns selbst getäuscht. Wir haben es nicht verstanden unsere Mitbürger zu erreichen. Wir haben es nicht geschafft ihnen unsere Ansichten zu vermitteln. Dann müssen aber wir uns in die Verantwortung ziehen... Diese

selbstkritische Haltung gehört zu den Aufgaben eines jeden öffentlichen Amtsträgers.

Wir haben aber nicht nur diese eine Pflicht, sondern noch eine zweite: Wir müssen Weitsichtigkeit üben. Wir müssen so weit wie möglich blicken, um die Zukunft Europas zu gestalten. Man kann niemanden mitreißen, wenn man selbst keine Begeisterung und keinen Glauben an die Zukunft hat. Keiner kann sich heute mit der mittelmäßigen Bandbreite, in der das europäische Ideal gehalten wird, zufrieden geben...

Wir müssen zunächst ein für alle Mal unsere rhetorischen Gewohnheiten ablegen und das alte Fahrwasser verlassen. Sie haben uns oft – ich gebe es selbst zu – das Leben leicht gemacht. Dazu nur ein einziges Beispiel. Als Präsident François Mitterrand in den neunziger Jahren diesen markanten Spruch von sich gab: „Europa bedeutet Frieden“, äußerte er sich genau zu dem Zeitpunkt, als ein schrecklicher Krieg die Balkanstaaten auseinander riß...

Man kommt heutzutage mit Heraufbeschwörungen nicht mehr voran. Es genügt nicht zu behaupten: „Europa bedeutet Frieden“. Man muss ihn auch wollen, diesen Frieden!

Wenn wir ihn wollen, dann müssen wir uns eine gemeinsame Außenpolitik zulegen (die gegenwärtige ist bekanntlich nicht ausreichend), aber auch mit einem Weltbild, das den geostrategischen Interessen Europas gerecht wird und nicht zuletzt auch mit einer europäischen Streitkraft, die in der Lage ist, sowohl unsere gemeinsame Verteidigung zu sichern, wie auch Außeneinsätze zu führen. Schließlich möchte ich ein Letztes hinzufügen: wir müssen die Verhandlungen mit den Vereinten Nationen wieder aufnehmen, damit die Europäische Union als stabilitätssichernde Macht in dieser Weltregion über einen Sitz im Sicherheitsrat verfügt.

Erst wenn wir das getan haben, können wir behaupten: „Europa bedeutet Frieden.“ Aber solange wir das nicht getan haben, bieten wir all denjenigen, welche die Europäische Union untergraben wollen, eine Angriffsfläche.

Was wir in Wirklichkeit den Euroskeptikern, ob den linken oder den rechten, entgegenhalten können, ist ein auf seinen Ursprung zurückkehrendes, erfrischtes und erquicktes europäisches Vorhaben. Es liegt sehr viel Arbeit vor uns, sowohl geistige wie politische, – Arbeit, die wir gemeinsam bewältigen müssen, als Deutsche und Franzosen.

Was wir unseren an der Daseinsberechtigung der Europäischen Union zweifelnden Mitbürgern entgegenzuhalten haben, ist ein Europa, das sich gern der großen Anliegen unserer Zeit annimmt. Mit erneuter Begeisterung.

Ein politisches Europa, das unsere Stimme auf der internationalen Bühne ertönen läßt und das sich den lebenswichtigen Herausforderungen unserer Länder und unseres Kontinents stellt.

Welches sind diese Herausforderungen? Es handelt sich um geostrategische Herausforderungen, mit dem Ziel gegenüber den Vereinigten Staaten, aber auch Russland, China oder, näher zu uns, der Türkei unsere jeweiligen Positionen miteinander abzusprechen. Diese Herausforderungen betreffen den Mittelmeerraum, aber auch Afrika, den Kontinent des 21. Jahrhunderts, den wir begleiten müssen. Es sind Herausforderungen für Klima und Umwelt. Und schließlich auch regionale Herausforderungen.

Ich sagte es vorhin, Herr Präsident, lieber Erwin Teufel: die großen Instrumente der europäischen Politik, die sich bisher bewährt haben, gehören zur Regionalpolitik. Es handelt sich um den Europäischen Regionalfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds und den Europäischen Sozialfonds.

Ich sagte es auch vor kurzem dem Präsidenten der Kommission, Jean-Claude Juncker. So offen und ehrlich, wie ich heute Abend zu Ihnen spreche. Er ist ein Freund. Er hat, wie alle Luxemburger, in Straßburg studiert. Die Europäische Union hat sich im Wesentlichen durch zwei Formen der Politik bewährt: durch die soziale Kohäsionspolitik und durch die Landwirtschaftspolitik.

Wir haben nicht das Recht auf diese zwei Formen zu verzichten. Würden wir es jemals tun, hieße dies Europa zur Tatenlosigkeit zu verurteilen...

Wir brauchen aber ein verwirklichtes Europa, ein Europa, das sich in den Regionen einsetzt und die Gebiete verändert. Wir brauchen ein Europa, das einem jeden von uns ein Vorwärtskommen ermöglicht, mit dem Ziel Grenzen zu überwinden und langfristig gemeinsame Lebensräume zu gestalten.

Das ist mein Bestreben in der französischen Region deren Präsident ich seit Januar 2016 die Ehre habe zu sein.

Zuvor war ich Präsident des Elsass. Vieles war selbstverständlich. Es ist allgemein bekannt, dass wir

Partnerschaften mit Baden-Württemberg verstärkt haben. Das war z.B. der Fall mit der grenzüberschreitenden Lehrlingsausbildung: heutzutage kann ein Lehrling aus einer unserer beiden Regionen unterschiedslos den praktischen sowie den theoretischen Teil seiner Ausbildung im dem einen oder anderen Land absolvieren. Wir haben die Voraussetzungen für einen oberrheinischen Arbeitsmarkt geschaffen. Und wir werden selbstverständlich diesen Weg weiterhin beschreiten. Weil hier eine Werkstatt Europas in der Entstehung ist. Eines faßbaren und Mensch gewordenen Europas.

Weitere Partnerschaften zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg gibt es – Ministerpräsident Teufel weiß es sehr wohl – in wesentlichen Bereichen wie im Hochschulwesen, in der Forschung und der Innovation. Aber auch auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit, insbesondere was den Schutz der Fischerei-Ressourcen am Rhein betrifft. Auf all diesen Gebieten werden wir weiter voran gehen. Gemeinsam voran gehen.

Nur, ich bin heute nicht mehr Präsident des Elsass allein. Ich bin nun Präsident einer Region von fast 6 Millionen Einwohnern, einer Region, die fast zwei Mal die Fläche Belgiens mißt. Diese Großregion zählt nicht weniger als vier

Landesgrenzen: mit Belgien, mit Luxemburg, mit Deutschland und mit der Schweiz.

Die Karten sind also neu gemischt worden. Drei geschichtlich gewachsene Regionen wurden zu einer Gesamtregion verschmolzen, ähnlich wie damals das Land Baden und das Land Württemberg zu einer Gebietskörperschaft vereint wurden.

Wir haben zuerst das Elsass. Ein Stück europäischer Heimatboden, dessen Kultur und Sprache von den wechselseitigen Begegnungen zwischen Deutschland und Frankreich genährt wurden. Das Elsass ist ein geschichtliches Wunder. Die überaus starken Einflüsse der germanischen Kultur und der römischen Kultur sind dort zusammengestoßen, haben sich aneinander gerieben und vermischt, solange bis eine Kultur daraus entstand, die ihres Gleichen sucht.

Dann haben wir die Champagne, das erste Weinbaugebiet der Welt! Die berühmten Weine gelten in der ganzen Welt als Sinnbild für Freude, Vergnügen und Feste. Sogar hier in Deutschland macht man einen Unterschied zwischen Sekt und Champagner. Man muss darüber stolz sein, das heißt stolz, dass ein Terroir in der Lage ist dem Menschen die reine Freude zu bescheren, dem zu entfliehen, was Heidegger das Dasein oder die Endlichkeit nannte....

Dann kommt schließlich Lothringen. Es schenkte Robert Schuman, einem der Gründerväter Europas, das Leben. Ein schönes, altes Land. Ein fleißiges Land. Ein Land, das sich aber nie abkapselte, sondern immer aufgeschlossen blieb, – zu Europa und der Welt.

Wie sieht unser Vorhaben für die neue Großregion Grand Est aus? Das ist natürlich ein Entwicklungsprojekt, das ich voranbringe. Es geht dabei besonders um die Entwicklung der ländlichen Räume, die heute fast völlig sich selbst überlassen sind.

Bei diesem Vorhaben, das ich vorantreibe, geht es auch um Forschung und um Innovation. Ohne umfangreiche Investitionen in Forschung und Innovation kommt nämlich keine Wettbewerbsfähigkeit zustande. Als Region Grand Est sind wir heute Träger des größten französischen Projekts einer Fabrik der Zukunft!

Wir werden an der Spitze stehen, wie wir auch landesweit eine Spitzenstellung einnehmen werden in Bezug auf das Ultrabreitband-Internet.

Das Vorhaben, das ich für die Region Grand Est führe, ist ein europäisches Projekt. Wir sind durch vier Landesgrenzen begünstigt. Ich will aus dieser Region eine Werkstatt der europäischen Integration machen. Auf Französisch wird oft von „Versuchslabor“ gesprochen, aber das will ich schon gar nicht! Niemand möchte in einem Labor leben, mit Ausnahme derer, die ihre Zukunft als Versuchskaninchen sehen.

Ich will mit der Region Grand Est ein Beispiel bringen, wie Europa sich machen läßt.

Ich will aus unserer Region die erste mehrsprachige Region Frankreichs machen. Dies ist kein leichtes Unterfangen, wenn man die vielen Hürden und Hindernisse sowie die Feinheiten der französischen Zentralverwaltung bedenkt. Aber Sie werden sehen: es wird seine Zeit brauchen, aber es wird mir gelingen!

Und warum soll es mir gelingen? Weil ich an Europa glaube.

Nicht an ein Europa, das sich in seine eigenen Büros verschanzt. Sondern ein Europa, das sich vor Ort engagiert.

Nicht ein Europa, das sich mit Worten, Schlagworten und manchmal auch mit Schimpfworten begnügt.

Sondern ein Europa, welches das Leben der Menschen verändert! Und das nachhaltig.

Was wir heute Abend hier wollen, das ist ein Europa, das sich – jenseits von bloßen Worten – für Frieden, Wohlstand und Demokratie engagiert.

Ich möchte Ihnen heute Abend meine Meinung darüber unverblümt vortragen. Ohne Umschweife. Offen und ehrlich. Wir haben unsere Verpflichtungen nicht eingehalten! Wir haben – aus übermäßigem Vertrauen und vielleicht auch Bequemlichkeit – die Techniker anstelle der Träger politischer Macht handeln und regieren lassen.

Ja, ich glaube an Europa. Ich glaube daran mit Leib und Seele.

Ich glaube daran, weil ich Elsässer bin und weil das Elsass in den Augen der großen Nationen ein schrecklicher Boden war. Ein Boden, der mit zahllosen Toten aus Frankreich und aus Deutschland besät war.

Die Kriege liegen weit zurück. Der Erste Weltkrieg ist schon hundert Jahren alt. Die Toten hingegen sind nicht alt. Sie werden nie alt. Sie wurden, während das Leben sie rief, in ihre

Gräber zwangseingezogen. Das blühende Leben, Sommer und Erntezeit, Lust und Liebe. Sie waren gerade mal zwanzig!

Ja, Europa bedeutet Frieden. Denn es steht an vorderster Stelle der Friede zwischen Frankreich und Deutschland. Diesen Frieden, der heute in erster Linie uns zugute kommt, müssen wir weitertragen. Ja, Europa muss seine Rolle im Weltgeschehen spielen, – voll und ganz!